Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/212

12. 01. 95

Antrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke, Steffen Tippach und der weiteren Abgeordneten der PDS

Stopp der Militär- und Wirtschaftshilfe an die Türkei sowie Vermittlung für eine politische Lösung in Kurdistan/Türkei

Der Bundestag wolle beschließen:

Alle militärische, polizeitechnische und wirtschaftliche Hilfe der Bundesrepublik Deutschland an die Türkei werden eingestellt. Ausfuhrgenehmigungen für Waffenlieferungen an die Türkei sowie dafür bereits erteilte (Hermes-)Bürgschaften werden vollständig gestoppt.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für die Entsendung einer Beobachter-Delegation der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) in die kurdischen Gebiete in der Türkei einzusetzen, um die Voraussetzungen für eine Verhandlungsaufnahme zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen Bewegung zu schaffen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre Beziehungen mit der türkischen Regierung dahin gehend zu intensivieren, daß diese Schritte eingeleitet werden.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für eine politische Lösung und Verhandlungen zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen Bewegung einzusetzen.

Bonn, den 10. Januar 1995

Ulla Jelpke
Steffen Tippach
Dr. Gregor Gysi für die weiteren Abgeordneten der PDS

Begründung

Die kriegerischen Akte des türkischen Staates in den kurdischen Gebieten der Türkei – die zahlreichen Dokumentationen und Augenzeugenberichten zufolge mit der Unterstützung deutscher Waffen erfolgen – führen seit Jahren zu einer Zerstörung der

Lebensgrundlagen, der sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhänge innerhalb der kurdischen Bevölkerung in der Türkei. Die Folgen des Krieges sind in der gesamten Türkei zu sehen. Mehr als zwei Mio. kurdische Inlandsflüchtlinge sind in die Städte der West-Türkei geflohen. Auch türkische Oppositionelle, Journalisten und Journalistinnen, Politiker und Politikerinnen sowie Künstler und Künstlerinnen, sind von der kurdenfeindlichen Haltung der türkischen Regierung betroffen.

Diese zerstörerische Entwicklung kann nur durch die Bereitschaft zu einer politischen Lösung der kurdischen Frage gestoppt werden. Das kurdische Volk muß die Möglichkeit erhalten, eigenständig seine Zukunft bestimmen zu können. Das internationale Völkerrecht bietet dafür eine brauchbare und anerkannte Grundlage. Wirtschaftliche und militärische Interessen müssen zugunsten der Rechte der Menschen in den kurdischen Gebieten auf Leben, Erhaltung ihrer Lebensgrundlagen und Entwicklung zurückgestellt werden.

In den türkischen Gebieten Kurdistans leben ca. 12 Mio. Kurden und Kurdinnen. Der größte Teil von ihnen unterstützt die kurdische Oppositionsbewegung und die Guerilla der Arbeiterpartei Kurdistans, PKK. Entgegen der auch durch die Bundesregierung vertretenen Ansicht, die PKK sei eine „terroristische Vereinigung", ist sie nach internationalem Völkerrecht eine Befreiungsbewegung, die die Interessen eines in jeder Hinsicht unterdrückten Volkes vertritt. Diese Argumentation wird in dem von dem Rechtsprofessor Dr. Norman Paech (Universität Hamburg) erstellten „Gutachten zu den völkerrechtlichen Implikationen der Vebotsverfügung des Bundesminsteriums des Innern gegen kurdische Vereine und Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland" vom 22. November 1994 ausführlich erläutert.

Von seiten der PKK wurde Anfang Dezember 1994 ein Brief veröffentlicht, in dem die westlichen Staaten aufgefordert werden, eine Verhandlungslösung zu unterstützen. Auch die Bundesregierung erhielt dieses Schreiben. Kurz darauf wurde anläßlich der Sitzung der KSZE in Budapest von der PKK mitgeteilt, daß das Internationale Rote Kreuz in die Kriegsgebiete in Kurdistan Zugang erhält, um die Einhaltung des Genfer Abkommens und der Zusatzprotokolle durch die kurdische Guerilla überprüfen zu können.

Die türkische Regierung ging bisher in keiner Weise auf die Vorschläge für Verhandlungen und einen Waffenstillstand ein. Im Gegenteil erklärte die Ministerpräsidentin Ciller, daß der Krieg gegen die „Terroristen" weiter verstärkt werde.

Weitere Waffenlieferungen und polizeitechnische Unterstützung an die Türkei sind aus diesem Grund einzustellen.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333